

SP INFO 4 & 5

APRIL 2024

BRENNPUNKT WOHNRAUM
Konsequent gegen Airbnb & Co

ZU GAST
Mattea Meyer

DIE FRAGE
Hat Zürich ein Drogenproblem?

PORTRÄT
Surprise-Verkäufer Teklit Tekeste

WAS MACHT EIGENTLICH
ein Stadtammann?

AUS DEM QUARTIER
Der Checkpoint Zürich

Liebe Genoss:innen

Man erkennt sie meist an der sich wiederholenden und einheitlichen Balkonmöblierung – die von Airbnb & Co gekaperten Wohnungen, die damit dem eh schon angespannten Wohnungsmarkt entzogen werden (siehe Bild rechts). Was die SP dagegen macht und wie andere Städte das Problem gelöst haben, bildet der Schwerpunkt dieser Nummer.

Wer schon immer wissen wollte, was ein Stadtammann so macht, ausser seine Unterschrift unter Parkverbots-schilder zu setzen, erhält auf den folgenden Seiten eine Antwort. Eine Antwort gibt es auch auf die Frage, ob Zürich schon wieder ein Drogenproblem hat. Die Antwort sei vorweggenommen: Nein, natürlich nicht. Ein klares JA hingegen ist bei der Prämien-Entlastungs-Initiative angesagt. Mattea Meyer erklärt, wieso.

Viel Spass beim Lesen!



Sabina Allematt
Vorstand SP5



WOHNRAUM

Konsequent gegen Airbnb & Co

Airbnb & Co entziehen der Zürcher Bevölkerung wertvollen Wohnraum – besonders in den zentralen und beliebten Kreisen 4 & 5. Mit ihrem Geschäftsmodell kassieren Anbieter:innen und Plattformen Millionen. Und lassen die Mieten weiter steigen. Die SP wehrt sich dagegen.

Sucht man für das nahende Pfingstwochenende eine Unterkunft an zentraler Lage in Zürich, finden sich auf Airbnb und anderen Plattformen für die kommerzielle Kurzzeitvermietung von Wohnungen haufenweise Angebote: zum Beispiel im Kreis 5 an der Ecke Luisenstrasse/Neugasse eine 1.5-Zimmer-Wohnung für 250 Franken die Nacht. Oder im Kreis 4, direkt am Helvetiaplatz, ein Apartment mit drei Betten für 440 Franken pro Übernachtung. Einen fünftägigen Businessaufenthalt in einem Serviced Apartment an der Cramerstrasse gibt es für etwas mehr als 1000 Franken.

Astronomische Preise machen das Geschäft lukrativ

Wer die Preise hochrechnet, merkt schnell: Mit dem Modell der kommerziellen Kurzzeitvermietung lässt sich Geld verdienen. Viel Geld. Das oben genannte Apartment mit drei Betten am Helvetiaplatz generiert bei einer Auslastung von 50 Prozent 6600 Franken pro Monat. Auch wenn die Mieten in unseren Stadtkreisen enorm steigen – so viel lässt sich mit einer Dauervermietung nicht verdienen.

Sichtbar wird diese Entwicklung bei einem Spaziergang durch die Kreise 4 und 5. An gewissen renovierten Wohngebäuden leuchten Schriftzüge professioneller Anbieter:innen von Serviced Apartments. Diese Wohnungen werden oft für einen Geschäftsaufenthalt genutzt. Andere umgenutzte Häu-

ser sind dezenter beschriftet oder lassen die entsprechende Nutzung an den Briefkästen erahnen.

Airbnb & Co: Anteil wächst

Ein vom Stadtrat in Auftrag gegebener Bericht bezifferte im Jahr 2018 den Gesamtbestand von als Apartments bewirtschafteten Zweitwohnungen in der Stadt Zürich auf über 1000 Einheiten. Sie machen damit mehr als 1 Prozent aller Wohnungen aus. Die meisten davon befinden sich an zentraler Lage. In den Kreisen 4 und 5 liegt der Anteil sogar zwischen 2 und 3 Prozent des Gesamtwohnungsbestandes. Tendenz steigend.

Mit dem Modell der kommerziellen Kurzzeitvermietung lässt sich viel Geld verdienen. Viel Geld.

Besonders eindrücklich sind diese Zahlen, wenn sie im Verhältnis zur Leerstandsquote betrachtet werden. Die Leerstandsquote sagt aus, wie viele Wohnungen unbesetzt, also leer, sind. Je tiefer diese Quote ist, desto schwieriger gestaltet sich die Wohnungssuche. Sucht man beispielsweise im Kreis 5 eine Wohnung, findet man nur wenige ausgeschriebene Wohnungen. Und diese meist zu einem überbeurteilten Mietzins.

Wohnungsnot nimmt zu, Mieten explodieren

Gibt es nur wenig verfügbare Wohnungen, sind die Menschen eher bereit, dafür tiefer in die Tasche zu greifen. Wohnen muss schliesslich jede und jeder. Immobilienkonzerne

machen sich das zu Nutze und erhöhen die Mieten. Das führt dazu, dass Menschen mit tiefem Einkommen kaum mehr Chancen haben, in den betreffenden Quartieren zu wohnen. Und selbst für Gutverdienende sind die Kosten kaum mehr tragbar.

Der Leerstandsquote von 0.02 bzw. 0.03 stehen 2 bis 3 Prozent kommerzielle Kurzzeitvermietungen gegenüber.

In der Stadt Zürich standen am 1. Juni 2023 144 Wohnungen leer. Anders gesagt: Nur 0.06 Prozent der Wohnungen sind ungenutzt. Seit 2018 sinkt dieser Wert drastisch. Auch hier sind die Zahlen in den Kreisen 4 und 5 besonders ausgeprägt. Am Stichtag waren in beiden Kreisen nur je drei Wohnungen ungenutzt. Das sind 0.02 bzw. 0.03 Prozent aller Wohnungen. Selbst Beratungsunternehmen im Immobilienbereich gehen davon aus, dass ein massiv höherer Leerstand notwendig ist, damit die Mieten nicht zu stark unter Druck geraten.

Der enorm tiefen Leerstandsquote steht nun ein Anteil von 2 bis 3 Prozent des Gesamtbestandes gegenüber, der für die kommerzielle Kurzzeitvermietungen genutzt wird. Allein bei diesem Vergleich wird klar, wie dringlich die Airbnb-Problematik ist. Die Anbieter:innen und die Plattformen sorgen dafür, dass der Bevölkerung wichtiger Wohnraum entzogen wird. Zudem wirken die verlangten Preise selbst für die Stadt Zürich, in der die Mieten ohnehin schon enorm hoch sind, wie Fantasiegebilde. Kurzum: Hier wird sich schamlos bedient.

Konsequente Politik gegen schamlose Bereicherung

Diese Machenschaften müssen mit einer unbeirrten sozialdemokratischen Politik unterbunden werden. Nur so können die Mieter:innen effektiv und langfristig entlastet werden. Auch in anderen Städten hat sich die SP der Problematik angenommen und konsequente Lösungsvorschläge auf den Tisch gelegt.

In der Stadt Luzern beispielsweise, bekannt als beliebte Tourismusdestination, ist die Airbnb-Problematik besonders ausgeprägt. Der Einfluss auf die Mieten und die für die Bevölkerung zur Verfügung stehenden Wohnungen ist deutlich spürbar.

Die SP Luzern lancierte im Alleingang die sogenannte Airbnb-Initiative, die vor einem Jahr mit einem Ja-Anteil von über 65 Prozent angenommen wurde. Die Forderung ist so klar wie deutlich: Wohnungen sollen nicht mehr als 90 Tage pro Jahr für die Kurzzeitvermietung genutzt werden. Damit wird das kommerzielle Anbieten von Wohnungen über Plattformen wie Airbnb faktisch verunmöglicht. Genf kennt eine ähnliche Regelung.

SP Zürich kämpft gegen Airbnb-Missbrauch

Auch in Zürich bleibt die SP nicht untätig. Das Hochbaudepartement unter Leitung von SP-Stadtrat André Odermatt hat bereits in der Revision der Bau- und Zonenordnung (BZO) von 2021 einen soliden Vorschlag gemacht. Die BZO legt für jedes Gebäude fest, wie hoch der Anteil der Wohnungen sein muss. Dieser Anteil wird Pflichtwohnanteil genannt. Neu sollen Wohnungen, die für die Kurzzeitvermietung verwendet werden, nicht mehr an diesen anrechenbar sein. Bei vielen betroffenen Gebäuden beträgt er 80 bis 90 Prozent. Die kommerzielle Kurzzeitvermietung würde dadurch stark gedrosselt.

Aber wie immer bei konsequenter linker Politik gefällt dies den Profiteur:innen der Bereicherungsmöglichkeit nicht. Vier Aktiengesellschaften, deren Namen nicht öffentlich bekannt sind, klagen gegen diese Lösung. Und verzögern so die Rückführung von Wohnraum an die Bevölkerung.

Die SP Stadt Zürich behält die Situation im Auge. Sollte sich nach Inkrafttreten herausstellen, dass die Regelung über die BZO nicht ausreichend ist, wird sie für weitere Verschärfungen kämpfen. Dabei hat sie die Lösungen der Städte Luzern und Genf fest im Blick.

Micha Amstad, Vorstand SP5





ZU GAST

Mattea Meyer
Co-Präsidentin SP Schweiz
Nationalrätin ZH

JA zur Prämien-Entlastungs-Initiative!

Bei den Krankenkassenprämien braucht es dringend Lösungen: In den letzten zwanzig Jahren haben sich die Prämien mehr als verdoppelt. Gleichzeitig sind Löhne und Renten kaum gestiegen. Mit unserer Prämien-Entlastungs-Initiative stoppen wir diese Entwicklung.

Die Krankenkassenprämien steigen seit Jahren – seit 1997 haben sie sich mehr als verdoppelt. Gleichzeitig sparen die Kantone auf Kosten des Mittelstands. Gemessen an der Bevölkerungszahl gibt eine deutliche Mehrheit der Kantone heute weniger Geld für Prämienverbilligungen aus als vor zehn Jahren. Das Problem der unsozialen Kopfprämien verschärft diese Entwicklung: Ein Manager bezahlt gleich viel für die Grundversicherung wie eine Verkäuferin. Um die Kosten wieder gerechter zu verteilen, braucht es mehr Prämienverbilligungen.

Unsere Prämien-Entlastungs-Initiative deckelt die Krankenkassenprämien, die neu nicht mehr als zehn Prozent des verfügbaren Einkommens ausmachen dürfen. Krankenkassenprämien sind wie eine Steuer, die alle bezahlen müssen. Doch im Gegensatz zu anderen Steuern sind diese nicht begrenzt und steigen jedes Jahr. Die Deckelung schützt somit nicht nur Personen mit kleinen Löhnen vor Kaufkraftverlust, sondern vor allem auch Familien, Rentner-Paare und Personen mit durchschnittlichen Einkommen. Eine vierköpfige Familie mit einem Monatseinkommen von 9000 Franken wird dank der Initiative monatlich 434 Franken sparen. Einzelpersonen mit einem Netto-Einkommen von bis rund 5200 Franken werden von der geforderten Deckelung ebenfalls profitieren.

Mit einem JA zur Prämien-Entlastungs-Initiative können wir die Belastung der Menschen durch die explodierenden Prämien reduzieren und Haushalte vor zukünftigen Prämien erhöhungen schützen.

- Um über den Teller- bzw. Quartierrand zu blicken, laden wir in der Rubrik **Zu Gast** Genoss:innen ein, zu nationalen Themen Stellung zu nehmen.

DIE FRAGE

Hat Zürich eigentlich wieder ein Drogenproblem?

Die Quartierbewohner:innen haben es schon länger bemerkt, im Spätsommer 2023 merkten es auch die Medien: die zunehmende Eskalation auf der Bäckeranlage. Konsumiert wird hier zwar seit Jahren, die Situation schien jedoch aus dem Gleichgewicht geraten. Die Anzahl der konsumierenden Personen, der hinterlassenen Spritzen und Crack-Pfeifen stieg im Verlauf des Sommers 2023 deutlich an und auch die Gewalt nahm zu. Dies führte dazu, dass sich Familien und andere Nutzer:innen auf der Bäcki nicht mehr wohl fühlten.

Aber wieso diese plötzliche Eskalation? Der Zusammenhang mit der Schliessung der zentral gelegenen Kontakt und Anlaufstelle (K&A) Kasernenareal Ende 2022 ist offensichtlich – der Ersatzstandort in der Brunau ist dreissig Minuten Fahrtzeit vom alten Standort entfernt und für die Betroffenen unattraktiv. Die K&A haben grosse sozialpolitische Bedeutung, da sie einen niederschweligen Zugang zu Beratung ermöglichen sowie Drogenkonsum unter hygienischen Bedingungen.

Die SVP wollte die Bäckeranlage mit Polizeieinsatz räumen. Die Stadt Zürich agierte umsichtiger und eröffnete im November 2023 ein Provisorium auf dem Kasernenareal. Dies führte sofort zu einer Beruhigung der Lage auf der Bäcki.

Die provisorische K&A ist auch deshalb von Bedeutung, da gemäss Florian Meyer, Leiter K&A Stadt Zürich, auf dem Zürcher Markt aktuell viel billiges Kokain erhältlich ist. Dies erhöht die Bedeutung der Suchtprävention, um Konsum und Abhängigkeit zu reduzieren.

Was lernen wir daraus? Die Folgen der Schliessung der K&A im Herbst 2022 zeigen deutlich, dass es sich lohnt, öffentliches Geld in eine aktive Drogenpolitik und in die Suchtprävention zu investieren. Denn von gutem Zugang zu K&A profitieren alle: Der für die Bevölkerung belastende Konsum in Parks und Hinterhöfen nimmt ab und die Betroffenen können unter hygienischen und menschlichen Bedingungen konsumieren. Eine funktionierende Drogenpolitik ist daher wortwörtlich ein zentrales Anliegen.

Noah Bürge, Vorstand SP4, Suchtprävention Stadt Zürich

- In der Rubrik **Die Frage** beantworten wir Fragen unserer Leser:innen. Schreib uns, was du schon immer wissen wolltest – über unser Quartier, über unsere Politik, über unsere Stadt – an sp-info4-5@sp5.ch

PORTRÄT

In Eiseskälte auf dem Helvetiaplatz

Helvetiaplatz, ein klirrend kalter Januarmorgen 2023 – Wahlkampf für die Kantonsratswahlen. Länger als ein paar Minuten in der Kälte zu stehen, ist ungemütlich. Also flüchte ich nach einer Stunde – genau wie die anderen kandidierenden Politiker:innen mit ihren Flyern in den klammen Händen – ins nahegelegene Café, um mich aufzuwärmen und kurz Pause zu machen. Doch ein Mensch lässt sich von der Eiseskälte nicht von seinem Stammplatz vertreiben – Teklit Tekeste, der Verkäufer des Surprise Strassenmagazins. Jeden Dienstag und Freitag steht er seit vielen Jahren auf dem Helvetiaplatz, wenn der Markt den Platz mit Menschen füllt. An diesem Januarmorgen fällt er mir das erste Mal auf. Teklit flüchtete 2008 als 26-Jähriger aus Eritrea in die Schweiz. Nachdem er fast zwei Jahre in Asylunterkünften in Schwerzenbach und Dübendorf auf seinen Asylentscheid wartete, wurde er 2010 als Flüchtling anerkannt und es wurde ihm Asyl gewährt. Er erhielt eine Aufenthaltsbewilligung und fand kurz danach seine erste Wohnung an der Rolandstrasse – inmitten des Kreis 4, in der Nähe vom Helvetiaplatz, dem er sich seit Beginn verbunden fühlt.

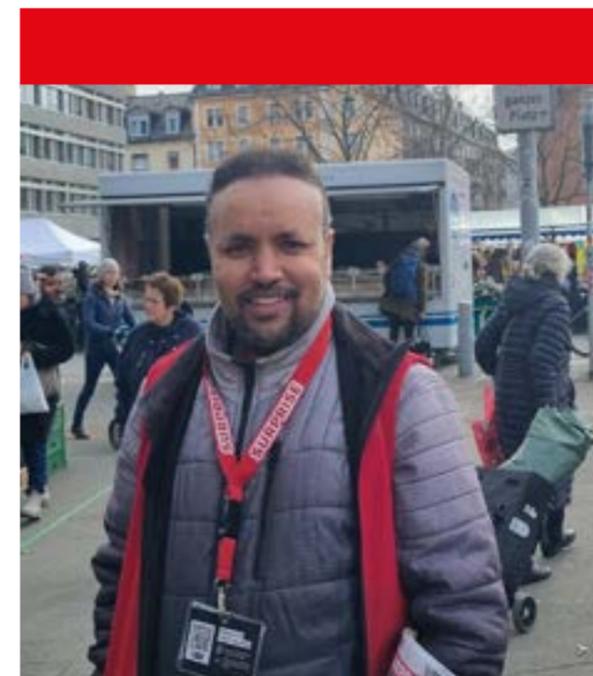
Kein Pass wegen Sozialhilfe

Etwas später war ich erneut aus politischen Gründen auf dem Helvetiaplatz – diesmal ging es um die neu lancierte Demokratie-Initiative. Teklit und ich kamen das erste Mal ins Gespräch. Er fragte mich, wofür wir am Sammeln seien. Ich erklärte, dass es um die Vereinfachung und Vereinheitlichung der Einbürgerungskriterien gehe. Er begann zu erzählen, dass er gerade versuche, den Schweizer Pass zu erhalten – für sich und seine Familie. Er erhielt jedoch wenig vielversprechende Auskünfte. Er verdiene nicht genug und erhalte immer noch zeitweise finanzielle Unterstützung vom Sozialamt, daher könne er sich im Moment nicht einbürgern lassen. Der Verkauf der Surprise-Hefte – und damit auch sein Einkommen – ist stark von der Witterung und der Jahreszeit abhängig, so dass das Geld nicht immer für die ganze Familie reicht.

Als ich Teklit für dieses Porträt treffe, bringt er die zwei jüngeren von seinen drei Kindern zum Gespräch mit. Seine Kinder sind zweieinhalb, fünfzehn und acht Jahre alt und alle in der Schweiz geboren. Im Gespräch mit Teklit wird klar, dass sie der grösste Antrieb für ihn sind. Seit Jahren ist er von Montag bis Samstag in der Stadt Zürich an verschiedenen Standorten unterwegs und verkauft das Strassenmagazin, um die Träume und Wünsche seiner Kinder so gut wie möglich erfüllen zu können.

Viele Stammkund:innen

Sein fünfjähriger Sohn geht seit letztem Herbst in den Kindergarten und antwortet auf die Frage nach seiner Lieblingsbeschäftigung wie so viele Schweizer Schulkinder: "Ich game sehr gerne auf dem Nintendo, am liebsten Mario Kart."



Teklit Tekeste: Der Verkauf der Surprise-Hefte ist stark witterungsabhängig.

Der älteste Sohn geht seit diesem Jahr in die erste Klasse und liebt Fussball über alles. Jede Woche geht er ins Training bei den Junioren des FC Red Star Zürich, die unweit vom jetzigen Wohnort in der Brunau trainieren. Wenn es sonnig ist, spaziert Teklit am liebsten mit seiner Familie am Fuss des Uetlibergs oder an den nahe gelegenen See in Wollishofen, wo er einige Jahre gewohnt hat.

Die Arbeit und der Verkauf des Surprise Strassenmagazins macht Teklit immer noch Freude. Er liebt den Kontakt zu den Menschen und er ist froh, dass er viele Stammkund:innen hat, die alle zwei Wochen das neue Magazin kaufen. Es kostet acht Franken, wobei die Hälfte davon an den jeweiligen Verkäufer gehen.

Wenn ihr also das nächste Mal auf dem Helvetiaplatz frisches Gemüse und frische Blumen einkauft – schaut doch auch bei Teklit vorbei. Ihr erhaltet ein Magazin mit spannenden Beiträgen und bringt mit dem Kauf gleichzeitig seine Familie der Erfüllung ihrer Träume etwas näher. Er wird es euch mit seinem herzhaften Lachen danken.

Dimitri Witzig, Präsident SP4

WAS MACHT EIGENTLICH

ein Stadtammann?

Bruno Crestani amtet seit über 30 Jahren als Stadtammann und Betreibungsbeamter im Kreis 4. Er berichtet SP INFO 4 & 5, wie er von seiner Mutter vor dem Kreis 4 gewarnt wurde und wieso ein Betreibungsamt kein Selbstzweck ist.



Während meiner kaufmännischen Lehre bei der Stadtverwaltung Winterthur konnte ich in verschiedenen Bereichen arbeiten. Auf dem Betreibungsamt hat es mir am besten gefallen. Als in Zürich 4 eine Stelle frei wurde, habe ich mich beworben. Meine Mutter sagte damals: 'Ist Zürich 4 nicht der Chreis Cheib? Da will mein Bub arbeiten?' Ich bin seit 1978 hier. 1988 wurde ich Rolf Vielis Stellvertreter, vier Jahre später bewarb ich mich als sein Nachfolger. Ich musste mich bei der SP4 vorstellen, war 32 Jahre alt und hatte etwas Respekt vor gewissen Parteigrössen. Die Partei hat mich dann nominiert. Ich war der einzige Kandidat. Früher musste man keine Wahlbarkeitsvoraussetzung erfüllen, heute braucht es einen Wahlfähigkeitsausweis, um zu den Wahlen zugelassen zu werden.

Es hat sich in den dreissig Jahren viel verändert. Ich fing zur Zeit von Lochkarten und Endlospapier an. EDV gab es noch nicht. Die Digitalisierung sehe ich nicht nur positiv. Man muss schauen, dass man den Kontakt zu den Mitarbeitenden nicht verliert. Alles, was man überprüfen und freigeben muss, ist auf dem Bildschirm. Früher traf man sich persönlich. Eine Pfändungseinvernahme findet jedoch immer noch eins zu eins statt. Das ist wichtig. Wenn man einer Person

vis-à-vis sitzt und ihr sagt: 'Wenn Sie etwas verheimlichen oder nicht die Wahrheit sagen, machen Sie sich strafbar', macht das mehr Eindruck, als wenn man wie beim Steueramt nur mit der Unterschrift die Wahrheitstreue bestätigen muss.

Die strukturellen Änderungen in den letzten Jahren im Kreis 4 sind gross. Wir waren mal das grösste Amt im Kanton Zürich und hatten die höchste Anzahl Betreibungen im Verhältnis zur Bevölkerung. Die Betreibungen sind in den letzten zwanzig Jahren von 19 000 auf 13 000 Fälle gesunken. Unsere Klientel ist weggezogen. Sie kann sich die um- und neugebauten Wohnungen mit Mieten von 3000 Franken nicht leisten.

Seit 2000 haben die Fälle der über 65-Jährigen um mehr als siebzig Prozent zugenommen. Das ist eine Generation, die gelernt hat, zuerst zu sparen und dann Geld auszugeben. Was aber passiert, wenn die folgenden Generationen, die gewohnt sind, auf Kredit zu leben, nicht schuldenfrei in die Pension gehen? Pensionskassengelder sind pfändbar und bei Berufsauslagen kann nichts mehr angerechnet werden. Dann muss man für den Rest des Lebens mit 1200 Franken auskommen für Essen, Kleidung und Kosmetikartikel.

Die Anzahl Betreibungen wegen nicht bezahlten Mieten ist gering. Bei einem Engpass werden eher die Krankenkassenprämien oder die Steuern nicht bezahlt. Man will die Wohnung nicht verlieren.

Wir tragen keinen Fernseher und kein Sofa aus einer Sozialwohnung. Das wäre reiner Sadismus und würde sich finanziell auch gar nicht lohnen. Im Vordergrund steht die Lohnpfändung. Durch strukturelle Prävention könnte hier einiges verbessert werden: Würden Steuern und Krankenkasse direkt vom Lohn abgezogen, könnten vierzig Prozent der Betreibungen eingespart werden. Bei Lohnpfändungen betragen die zusätzlichen Kosten 33 Prozent der Forderung. Eine Lohnpfändung ist unangenehm und nicht wirklich karrierefördernd. Deshalb kennen viele Ämter der Stadt die stille Lohnpfändung. Wir verpflichten die Leute, jeweils bis zum

12 Stadtammann- und Betreibungsämter

In der Stadt Zürich gibt es zwei Stadtamtsfrauen und zehn Stadtammänner, die pro Stadtkreis einem Stadtammann- und Betreibungsamt vorstehen. Sie werden vom Stadtzürcher Stimmvolk für eine Amtszeit von vier Jahren gewählt. Das Stadtammann- und Betreibungsamt Kreis 4 verfügt über vierzehn Mitarbeitende. Für den Kreis 5 ist Thomas

Zeller zuständig.

Zu den Aufgaben des Stadtammannamts gehören u. a. Vollstreckung von gerichtlichen Ausweisungen aus Mieträumen, Durchführung von Beglaubigungen von Unterschriften, Kopien und Personenfotos, die Errichtung von gerichtlichen Verboten zum Schutz von privatem Grundeigentum wie etwa Parkverbote und die Vollstreckung von gerichtlichen

Herausgabebefehlen wie z. B. die Herausgabe eines geleasteten Autos. Das Stadtammannamt Zürich 5 überwacht ausserdem die Ziehung des schweizerischen Zahlenlottos. Das Betreibungsamt ist zuständig für die zwangsweise Eintreibung von Geldforderungen, führt Pfändungen durch und erstellt Auskünfte aus dem Betreibungsregister.

IM QUARTIER

Queer & Gesund in Kreis 5

Der «Checkpoint Zürich» fördert die physische und psychische Gesundheit queerer Menschen. Das Gesundheitszentrum ist seit einem Jahr an der Limmatstrasse.

Die Stadtkreise 4 und 5 sind immer wieder Heimat für Institutionen, die dringend nötig sind, sonst jedoch kaum Platz in der Gesellschaft haben. Die gilt auch für den «Checkpoint Zürich». Seit Mai letzten Jahres befindet er sich an der Limmatstrasse 25, direkt gegenüber dem Busbahnhof. Er bietet für queere Menschen medizinische Dienstleistungen wie Impfungen, HIV-Therapie oder Hausarztmedizin an und ist eines der grössten Zentren für HIV und andere sexuell übertragbare Infektionen in der Schweiz. «Der Checkpoint Zürich ist aus der queeren Community nicht mehr wegzudenken», so Dominik Steinacher, Vorstandsmitglied HAZ und SP4. «Für viele meiner queeren Freund:innen war der Checkpoint Zürich einer der ersten Kontakte zur Community. Er trägt massgebend zur Förderung der physischen und psychischen Gesundheit queerer Personen bei. Aber auch zu einem besseren Zusammenhalt der Community.»

Auch psychologische Beratung

Neben den medizinischen werden auch psychologische Dienstleistungen wie zum Beispiel professionelle psychologische Beratung für trans Menschen in Fragen rund um Geschlecht, Identität und Transition angeboten. «Als queere Frau kann es ein beklemmendes Erlebnis sein, vor einem Hausarzt oder einer Hausärztin zu sitzen, der oder die davon ausgeht, dass ich mit einem Mann zusammen bin», erklärt SP-Nationalrätin und LGBTQ-Aktivistin Anna Rosenwasser. Sie habe sofort zur Hausärztin des Checkpoints gewechselt, die sie gelegentlich im queeren Ausgang als DJ sieht. «Einer Person, die meine Community kennt, vertraue ich mich schneller an», so Rosenwasser. Grundsätzlich steht der Checkpoint allen Menschen offen. Für alle Stadtzürcher:innen bis und mit 25 Jahre und bietet er im Auftrag der Stadt Zürich kostenlose Beratungen sowie Tests auf sexuell übertragbare Infektionen an. Der Checkpoint ist auf finanzielle Unterstützung angewiesen. Das Geld kommt dem internen Labor, der allgemeinen Innenausstattung oder dem Schaufenster zugute, das queere Gesundheit in unserer Gesellschaft sichtbarer macht.

Nicola Yuste, Vorstand SP4, Kantonsrätin

10. des Folgemonats mit der Lohnabrechnung und dem Geld aufs Amt zu kommen. Wenn dies klappt, wird der Arbeitgeber nicht informiert.

Klar, hätten wir dann weniger Fälle. Aber ein Betreibungsamt ist kein Selbstzweck.

Mir ist wichtig, wie wir mit den Schuldnerinnen und Schuldnern umgehen: Respektvoll, frei von Moral und ohne Schuldzuweisung. Dies gilt auch bezüglich Berechnung des Existenzminimums bei einer Lohnpfändung. Der Grundbetrag gilt für alle, bei den Berufsauslagen gibt es jedoch Minimal- und Maximalbeträge. Wir geben immer das Maximum, weil sich arbeiten lohnen muss und unser Existenzminimum nie zu nahe sein an der Sozialhilfe sein darf. Diese Haltung kommuniziere ich auch meinen Mitarbeitenden: Wir sind ein SP-Amt und es gibt keine individuelle Beurteilung für die Berechnung des Existenzminimums – egal, ob mich eine Person nervt oder der netteste Mensch auf der Welt ist, das Existenzminimum muss genau gleich aussehen.

Neue Mitarbeitende müssen in erster Linie den charakterlichen Anforderungen entsprechen. Fachwissen kann man lernen, Charakter nicht. Im Kreis 4 muss man Menschen grundsätzlich gern haben, denn wir haben viele schwierige Klientinnen und Klienten: Wer immer am Anschlag ist, ist dünnhäutig. Und wenn wir dann auf Beamten machen und herablassend wirken, eskaliert es. Wir haben wenig Vorfälle, weil wir mit den Leuten anständig sind. Anständig heisst nicht, den Job nicht richtig zu machen, sondern respektvoll zu sein.

Ich werde Ende 2024 in Pension gehen und wünsche mir, dass meine Nachfolge das Amt im gleichen Sinn weiterführt, anständig mit den Leuten umgeht, respektvoll ist und schuldnerfreundlich bezüglich Existenzminimum. Wo wir einen Hebel haben, müssen wir ihn auch nutzen. Und uns nicht aufs rein Fachliche beschränken.

Aufgezeichnet von Sabina Altermatt, Vorstand SP5

● In der Rubrik **Was macht eigentlich – ein/eine ...?** stellen wir Genoss:innen der SP4 & 5 vor, die aufgrund ihrer SP-Mitgliedschaft ein Mandat innehaben.



AGENDA 2024

- 18. April** Generalversammlung SP5
- 14. Mai** Monatsversammlung SP4 & 5
- 18. Juni** Monatsversammlung SP4 & 5
- 4. Juli** Sommergrill SP5
- 22. August** SP4-Grill
- 23./24. August** Röntgenplatzfest
- 3. September** Monatsversammlung SP4 & 5
- 3. Oktober** Monatsversammlung SP4 & 5
- 7. November** Monatsversammlung SP4 & 5
- 5. Dezember** Anlass zum Jahresabschluss SP5

IMPRESSUM

erscheint dreimal jährlich

Herausgeber:innen

SP Zürich 4, Volkshaus, Stauffacherstrasse 60,
8004 Zürich

SP Zürich 5, 8005 Zürich

Redaktion

Sabina Altermatt, Thomas Sutter, Dimitri Witzig

Layout

Thomas Sutter

Kontakt

sp-info4-5@sp5.ch

PAROLEN 9. Juni 2024

Eidgenössische Vorlagen

- JA** Volksinitiative "Max. 10% des Einkommens für die KK-Prämien" (Prämien-Entlastungs-Initiative)
- NEIN** Volksinitiative "Für tiefere Prämien - Kostenbremse im Gesundheitswesen" (Kostenbremse-Initiative)
- NEIN** Volksinitiative "Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit"
- JA** Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien

Kannst du schreiben?

Die kleine, gut organisierte und motivierte Redaktion des SP INFO 4 & 5 sucht Schreibtalente. Aufwand: dreimal pro Jahr einen Tag. Melde dich unter sp-info4-5@sp5.ch. Wir freuen uns, dich kennenzulernen.

